

ze um eine persönliche Erklärung gemäß § 112 der Geschäftsordnung gebeten, und zwar zur Aussprache. Fünf Minuten!

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Blume, Sie unterstellen uns GRÜNEN und damit auch mir, wir würden nichts gegen Antisemitismus tun. Das ist schäbig, das ist falsch, und das weise ich vehement zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich war auf dem Christoph-Probst-Gymnasium in Gilching. Vielleicht wissen Sie nicht, wer Christoph Probst ist. Ich sage es Ihnen gerne. Es ist ein Widerstandskämpfer in der "Weißen Rose".

(Joachim Unterländer (CSU): Gequake!)

– Was haben Sie gerade gesagt? Das ist Gequake? Habe ich das gerade richtig gehört?

(Joachim Unterländer (CSU): Das ist unterstes Niveau!)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Keine Dialoge bitte. Sie können eine persönliche Erklärung abgeben, um Angriffe abzuwehren.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Ein Grund dafür, dass ich Politik mache, ist unter anderem, dass ich unsere Demokratie schützen möchte und es nicht aushalten kann, dass Jüdinnen und Juden in unserer Gesellschaft sich nicht mehr sicher fühlen. Ich halte es für nicht nachvollziehbar, dass wir alleine 2017 in Bayern 109 antisemitische Straftaten hatten. Das sind 109 antisemitische Straftaten zu viel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin seit 2013 im Bayerischen Landtag und in meiner Fraktion Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus. In dieser Funktion habe ich für unsere grüne Fraktion unzählige Anträge zur Bekämpfung des Antisemitismus, des Rechtsextremismus, des Rassismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gestellt. Ich habe mehr Prävention, mehr Demokratieprojekte, die Erhöhung des Ermittlungs- und Fahndungsdrucks, den Ausbau der Erinnerungskultur und Demokratiebildung innerhalb und außerhalb der Schule gefordert. Sie haben unseren Anträgen nicht zugestimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Frau Kollegin, ich darf Sie daran erinnern, keine eigenen Ausführungen zu machen, sondern sich gegen die Angriffe zu

wehren. Das ist der Grund dieser persönlichen Bemerkung.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Ich zähle gerade auf, was ich im Kampf gegen Antisemitismus getan habe. Ich habe zum Beispiel einen Antrag gestellt, dass wir im Bayerischen Landtag Kuwait Airways verurteilen, weil die sich weigern, israelische Staatsangehörige ab deutschen Flughäfen zu befördern. Am 12. Dezember 2017 habe ich im Bayerischen Landtag einen Antrag mit dem Titel "Antisemitismus in Bayern entschieden entgegenzutreten" eingebracht. In diesem Antrag haben wir GRÜNE aufgeführt, was wir alles machen möchten, damit der Antisemitismus in unserem Land geringer wird. In der Beratung im Ausschuss haben Sie, die CSU-Fraktion, diesem Antrag nicht zugestimmt.

Und ganz zum Schluss: In dieser Legislaturperiode habe ich schon zweimal an alle Fraktionen, auch an die CSU-Fraktion, einen Brief geschrieben, in dem ich darum gebeten habe, dass wir eine Arbeitsgruppe zur Stärkung des jüdischen Lebens in Bayern einrichten. Wir wären bereit gewesen, mit Ihnen darüber zu reden, wie wir jüdisches Leben in Bayern stärken und den Antisemitismus bekämpfen können. Sie haben da nicht mitgemacht. Deswegen stelle ich hier und heute fest: Herr Blume, Sie haben in Ihrer Rede hier im Plenum eine Falschaussage gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit treten wir jetzt in die Abstimmung ein. Ich eröffne die namentliche Abstimmung über den aufgerufenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/21876 "Bayern: vielfältig und weltoffen! Kein Missbrauch religiöser Symbole durch die Partei CSU und Staatsregierung!" Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 15.42 bis 15.47 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaales aus. – Nehmen Sie bitter wieder Platz, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich dem Plenum noch zwei Ergebnisse von Neuwahlen von Ausschussvorsitzenden bekannt: Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat in seiner gestrigen Sitzung Herrn Kollegen Manfred Ländner zum neuen Vorsitzenden gewählt. Herr Kollege Dr. Harald Schwartz wurde eben-

falls gestern zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden gewählt. Wir wünschen Ihnen alles Gute zu Ihrer Wahl und Erfolg bei Ihren schwierigen Aufgaben.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas Ruhe, die Sitzung geht sonst nicht weiter. Wenn Sie sich unterhalten wollen, gehen Sie bitte hinaus.

(Thomas Kreuzer (CSU): Nein, die sollen da bleiben!)

Wenn Sie nur schwätzen, mache ich nicht weiter. – Bitte nehmen Sie wieder Platz, in der Tagesordnung geht es jetzt weiter.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Manfred Ländner u. a. und Fraktion (CSU)  
Keine gemeinsame Sache mit Linksextremisten und anderen verfassungsfeindlichen Organisationen machen - Appell an demokratische Parteien (Drs. 17/21877)**

Ich eröffne die Aussprache. – Erster Redner ist der Kollege Kreuzer.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine verehrten Damen und Herren! Ich will heute mit einem Zitat von Johann Wolfgang von Goethe beginnen, der einmal gesagt hat: "Sage mir, mit wem du umgehst, so sage ich dir, wer du bist".

(Beifall bei der CSU)

Man könnte glauben, Goethe habe mit diesem Ausspruch die Opposition in Bayern charakterisiert; so gut passt dieses Wort zum Verhalten, das SPD, GRÜNE und FDP in der aktuellen Debatte über das PAG an den Tag legen. Sie haben bei Ihrer Kritik an den Änderungen des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes nicht nur jedes Maß verloren, Sie zeichnen nicht nur mit Halbwahrheiten und irreführenden Behauptungen ein völlig verzerrtes Bild der Realität und verunsichern damit die Menschen, sondern Sie machen dabei auch noch gemeinsame Sache mit Linksextremisten, mit Gegnern unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

(Beifall bei der CSU)

Sie sind einem Bündnis beigetreten, dem allein sieben Gruppierungen angehören, die aus guten Gründen vom Verfassungsschutz beobachtet werden und

im Bayerischen Verfassungsschutzbericht 2017 erwähnt werden, weil es konkrete Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie extremistische Zielsetzungen verfolgen. Darunter befinden sich: die Linksjugend Solid, die die parlamentarische Demokratie ablehnt und Kontakte zu gewaltbereiten Autonomen unterhält; die DKP, die Nachfolgepartei der 1956 verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands; der Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, VVN-BdA, die bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation, die in unserer Demokratie eine Vorstufe zum Faschismus sieht; der Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD, der Ideen von Stalin und Mao anhängt, und die Rote Hilfe e. V., die sich der Unterstützung linksextremistischer Straf- und Gewalttäter verschrieben hat, die unseren Rechtsstaat als Gesinnungsjustiz verunglimpft und die die RAF-Terroristin Ulrike Meinhof als kämpferische Linke verherrlicht.

Meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, ist das Ihre Vorstellung von Zivilgesellschaft? Sie wollen angeblich den Rechtsstaat verteidigen und setzen sich dann in ein Boot mit denen, die unseren Rechtsstaat bekämpfen, mit Linksextremisten und Feinden unserer Demokratie. Sie sollten sich schämen!

(Beifall bei der CSU)

Sie demonstrieren mit ihnen, und Sie marschieren mit ihnen. Bei Ihnen heiligt offensichtlich der Zweck die Mittel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, welcher Aufschrei würde durch dieses Parlament gehen, wenn die CSU sich in einem Bündnis mit der AfD oder sogar rechtsextremen Gruppen, zum Beispiel der NPD, engagieren würde. Ihr Protest würde kein Halten mehr kennen.

Wir tun das selbstverständlich nicht; wir setzen auf klare Abgrenzung zu radikalen Kräften jeder Art. Das war bisher Konsens unter den demokratischen Parteien, und das muss auch so bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Wenn SPD, GRÜNE und FDP davon abweichen und hier keine klaren Grenzen mehr ziehen wollen, verabschieden sie sich aus der politischen Mitte.

(Beifall bei der CSU)

Aber immerhin sorgt dieses Verhalten für Klarheit. Die Menschen in Bayern können wenige Monate vor der Landtagswahl deutlich erkennen: Wir, die CSU, stehen an der Seite der Polizei und unserer Bürgerinnen und Bürger, die einen Anspruch auf Sicherheit haben.